A2 (Ä1-3) Gesund & Sozial - Umsatzsteuerbefreiung für gesunde Lebensmittel

| | |
|---|---|
| Gremium: | LAG Gesundheit |
| Beschlussdatum: | 03.06.2024 |
| Tagesordnungspunkt: | 4. Anträge |

## Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

- Die Delegierten des Landesparteitages mögen beschließen: Der Steuersatz für die Umsatzsteuer für Gemüse, Hülsenfrüchte und Obst wird auf 7% belassen.
- Die Verantwortlichen in der Partei, in der Landesregierung und im Landtag setzen sich auf Bundesebene für eine umfassende Reform des Umsatzsteuerrechtes ein.
- Die Verantwortlichen in der Partei, in der Landesregierung und im Landtag setzen sich für die Umsetzung der im Januar 2024 vom Bundeskabinett beschlossenen “Ernährungsstrategie der Bundesregierung”.
- Ein Umbau des Ernährungssystems hin zu einer ökologischen und stärker pflanzenbasierten Ernährung soll durch einen Umbau der Außer-Haus-Verpflegung (z.B. öffentliche Kantinen, Kitas und Mensen) in Schleswig-Holstein erreicht werden.
- Dies ist ein wichtiger Baustein im Rahmen einer nachhaltigen und sozialen Gesundheitswende,
- unterstützt die Forderung der UN, den Anteil an „verfrühten“ Todesfällen zu reduzieren,
- langfristig unser Gesundheitssystem zu entlasten sowie
- Synergie-Effekte im Bereich Klima, Ernährung und Gesundheit zu realisieren.

Die Umsetzung soll im Rahmen einer Bundesratsinitiative erfolgen. Kleinere landwirtschaftliche Betriebe sollten bei dem neu einzuführenden Lenkungssystem unterstützt werden.

## Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Über die Hälfte der Krankheiten in der westlichen Welt, sind die Folge einer jahrelangen Fehlernährung. Zahlreiche Studien belegen, dass besonders der ausreichende Verzehr von Gemüse, Hülsenfrüchte und Obst einen präventiven Effekt auf unsere Gesundheit hat. Auf der anderen Seite sind in den letzten Jahren die Kosten für diese Lebensmittel stark gestiegen. Besonders sozial schwache Familien können sich eine gesunde Ernährung kaum noch leisten und der Konsum der genannten Lebensmittel ist gesunken. Somit wäre der Wegfall der Mehrwertsteuer (7%) ein Betrag, diesen ungewöhnlichen Preisanstieg zu dämpfen.

Der Report[1] „GLOBAL ENVIRONMENT OUTLOOK GEO-6“ des Klimabeirats der UN belegt, dass unsere Landwirtschaft einer der Hauptverursacher für Treibhausgase (THG) geworden ist - der Anteil an THG beträgt etwa 30%.

Neben diesem Report gibt es inzwischen mehrere Studien (u.a. der „Fleischatlas“, Heinrich Böll Stiftung[2]), die zeigen, dass besonders die konventionelle Landwirtschaft einen sehr starken Einfluss auf die Freisetzung von Treibhausgasen hat. Vor allem der große Appetit auf Fleisch schadet dem Klima. Andere Lebensmittel wie Gemüse und Salat, benötigen nur ein Bruchteil an $CO_2$. So wird beispielsweise für die Herstellung von 1 kg Rindfleisch etwa 50x bis 100x mehr $CO_2$ verbraucht als für 1 kg Gemüse[2]. Nahezu 70 % der direkten Treibhausgasemissionen unserer Ernährung sind auf tierische Produkte zurückzuführen. Der hohe Fleischkonsum in Deutschland und Europa ist außerdem eine wesentliche Ursache für zahlreiche Erkrankungen, die unser Gesundheitssystem sehr belasten[3].

Somit würden Maßnahmen, die den Fleischkonsum reduzieren und zugleich den Verzehr von Gemüse verstärken, mehrfach wirken und Synergien freisetzen[1,2,3,4]:

- Verringerung der Freisetzung von THG
- Geringere Belastung des Trinkwassers und der Luft mit Schadstoffen
- Verringerung des Einsatzes von Antibiotika und somit für das Risiko für die Entstehung von multi-resistenten Keimen
- Die Abholzung von Wäldern für die Herstellung von Tierfutter könnte reduziert werden.
- Eine Reduzierung der Fleischproduktion hätte zudem positive Effekte für das Tierwohl
- Prävention von Erkrankungen (Herzkreislauf, Osteoporose, Diabetes etc.)
- und somit Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen.

Nebeneffekt: Da die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Klima sowie Gesundheit vielen Menschen nicht bekannt ist, wäre die Maßnahme ein Anreiz, sich mit dem Thema intensiver zu beschäftigen. Zudem würden besonders Familien entlastet, die einen relativ großen Anteil des Einkommens für Lebensmittel ausgeben.

Eine gesündere Ernährung würde nicht nur die Lebensqualität von Millionen Menschen verbessern, sondern hätte auch das Potential, die Gesundheitskosten alleine in Deutschland jährlich, um mehrere Milliarden Euro zu entlasten. Unsere Fehlernährung ist eine wesentliche Ursache für die meisten Erkrankungen[3] und „verfrühte“ Todesfälle (durch Herzkreislauferkrankunge, Diabetes etc.) Obwohl dies durch zahlreiche Studien belegt worden ist, kümmert sich unser Gesundheitswesen fast gar nicht um die eigentlichen Ursachen. Sogar bei der Ausbildung der Medizinstudenten oder Weiterbildung des medizinischen Fachpersonals spielt das Thema „Fehlernährung als wesentliche Ursache zahlreicher Erkrankungen“ keine Rolle. Dies steht im krassen Missverhältnis zu

der Bedeutung für unsere Gesundheit, Gesundheitskosten, Lebensqualität und nicht zuletzt für den Klimawandel.

Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ hat am 20. Februar 2024 seine Empfehlungen an die Fraktionen des Bundestages übergeben. Das Detailkonzept war zuvor intensiv mit dem Wissenschaftlichen Beirat diskutiert worden. Einige wesentliche Forderungen des Bürgerrats lauten:

- Die Umsatzsteuer für gesunde Lebensmittel soll u.a. aus sozialen und gesundheitlichen Gründen abgeschafft werden (5)

Einige aktive „junge Grüne“ aus SH waren übrigens an der Etablierung des Bürgerrates involviert! Somit möchten wir wesentliche Forderungen des Bürgerrates unterstützen.

Referenzen:

1.„GLOBAL ENVIRONMENT OUTLOOK GEO-6 HEALTHY PLANET, HEALTHY PEOPLE“ UN-Report 2018.

2. “Fleischatlas” Heinrich Böll Stiftung, Ausgabe 2018

3. GLOBAL ACTION PLAN FOR THE PREVENTION AND CONTROL OF NONCOMMUNICABLE DISEASES 2013-2020 (WHO)

4. „Klimawandel auf dem Teller“, WWF-Report 2012

5. Bürgerrat, Bürgergutachten 20.2.24 (siehe Bürgergutachten zu Ernährung übergeben (buergerrat.de))

Autoren (LAG Gesundheit): Henning Vollert (KV Segeberg), Eike Selonke (KV Kiel), Esther Drewsen (KV Nordfriesland)

## Unterstützer*innen

Michael Brandtner (KV Kiel); Jan Kürschner (KV Kiel); Christoph Fischer (KV Segeberg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Luca Brunsch (KV Kiel); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Michaela Dämmrich (KV Stormarn); Jessica Leutert (KV Kiel); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Zoé Engel (KV Kiel); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Said Ettejjari (KV Segeberg); Maren Utesch (KV Kiel); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg)